

Antrag

auf die Gewährung eines Zuschusses zur Milderung der wirtschaftlichen Folgen von COVID-19

An den
Magistrat der Universitätsstadt Marburg
Fachdienst _____
35037 Marburg

(Bitte reichen Sie den Antrag bei dem für die bisherige Förderung zuständigen Fachdienst ein. In Zweifelsfällen können die Anträge an den FD 10 – Personal und Organisation –, Barfüßerstraße 50, 35037 Marburg, adressiert werden. Sofern der Platz nicht ausreicht, können ergänzende Ausführungen auf einem zusätzlichen Beiblatt erfolgen.)

1. Antragsteller*in

1.1 Antragsberechtigt sind gemeinnützige Einrichtungen, Institutionen, Vereine und Verbände sowie sonstige freie Akteur*innen, die bereits finanzielle Zuschüsse oder vergleichbare Zuwendungen durch die Universitätsstadt Marburg erhalten.

1.2 Name der*des Antragstellenden / Einrichtung / Institution / Verein / Verband:

Rechtsform / Steuer-ID: _____

Straße, Hausnummer: _____

Postleitzahl, Ort: _____

Telefon / Telefax: _____

E-Mail-Adresse: _____

Anzahl sozialversicherungspflichtiger Stellen:
(Teilzeitkräfte bitte in Vollzeitkräfte umrechnen.) _____

2. Höhe des beantragten Zuschusses

(Es ist die Angabe eines konkret bezifferten Betrages erforderlich.)

Ich bitte um die Auszahlung eines Zuschusses in Höhe von _____ Euro.

3. Grund für die in Zusammenhang mit der Corona-Krise stehende existenzbedrohliche Wirtschaftslage bzw. den Liquiditätsengpass

(Erläuterung der Situation. Beachten Sie bitte die ergänzenden Hinweise auf der letzten Seite.)

4. Beantragte Drittmittel / Veranlasste Maßnahmen

Vorrangig dieser Antragstellung wurden folgende Drittmittel beantragt bzw. Maßnahmen veranlasst, um der existenzbedrohlichen Wirtschaftslage bzw. dem Liquiditätsengpass entgegenzuwirken

(Hinweis: Es ist möglich, dass keine der nachfolgenden Aufzählungen zutrifft.):

4.1 Bund: Programm, Datum und Summe:

4.2 Land: Programm, Datum und Summe:

4.3 Vorzeitige Auszahlung des Regelzuschusses:

ja nein Antrag bereits gestellt

4.4 Sonstige Maßnahmen (z. B. Kurzarbeit, Leistungen der Sozialverwaltung):
Programm, Datum und Summe:

5. Eigenmittel

5.1 Es stehen folgende Eigenmittel zur Verfügung, um der existenzbedrohlichen Wirtschaftslage bzw. dem Liquiditätsengpass entgegenwirken zu können:

5.2 Es stehen keine Eigenmittel zur Verfügung.

6. Nachweise

Dem Antrag werden folgende Nachweise/Unterlagen beigelegt:

7. Bankverbindung

Der Zuschuss soll auf folgendes Konto überwiesen werden:

Kontoinhaber*in: _____

Geldinstitut: _____

IBAN: _____ BIC: _____

8. Art und Umfang des Zuschusses, Antragsfrist

8.1 Der Zuschuss kann nur zur Überwindung der existenzbedrohlichen Wirtschaftslage bzw. des Liquiditätsengpasses gewährt werden, die bzw. der durch die Corona-Krise vom Frühjahr 2020 entstanden ist.

8.2 Anträge, die sich auf Liquiditätsengpässe beziehen, die vor dem 13.03.2020 entstanden sind, sind nicht zuschussfähig. Der späteste Termin für die Einreichung des Antrages ist 8 Wochen nach der Aufhebung des Pandemie-Falles bzw. der 15.12.2020.

9. Sonstige Erklärungen

- 9.1 Ich versichere, dass die existenzbedrohliche Wirtschaftslage bzw. der Liquiditätsengpass eine Folgewirkung der Corona-Krise vom Frühjahr 2020 sind und nicht bereits vor dem 13.03.2020 gegeben waren.
- 9.2 Ich erkläre, dass der Liquiditätsengpass nicht mit Hilfe von anderen Leistungen wie etwa mit Zuschüssen des Bundes, des Landes, Kurzarbeit, Steuerstundungen, Eigenmitteln oder sonstigen Liquiditätsmaßnahmen ausgeglichen werden kann.
- 9.3 Ich nehme davon Kenntnis, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung des Zuschusses besteht.
- 9.4 Ich bestätige, dass ich sämtliche Angaben und Nachweise erbracht habe, die für die Entscheidung über die Gewährung des Zuschusses erforderlich sind bzw. relevant sein könnten.
- 9.5 Ich verpflichte mich, nachträgliche Änderungen zu den im Antrag gemachten Angaben sowie sonstige, für die Gewährung des Zuschusses relevanten Sachverhalte (z. B. nachträglicher Erhalt anderer Zuschüsse) unaufgefordert und unverzüglich dem Magistrat der Universitätsstadt Marburg mitzuteilen. Einer etwaigen nachträglichen Überprüfung durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg stimme ich zu.
- 9.6 Mir ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können.
- 9.7 Ich erkläre, dass ich bei eventueller zukünftiger Beantragung weiterer öffentlicher Zuschüsse für meine existenzbedrohliche Wirtschaftslage bzw. Liquiditätsengpässe sowie erforderlichenfalls gegenüber anderen Behörden (z. B. Finanzamt) die gegebenenfalls aufgrund dieses Antrags gewährten Zuschüsse angeben werde.
- 9.8 Mir ist bekannt, dass ich im Falle einer Überkompensation (Entschädigungs-Versicherungsleistungen, andere Fördermaßnahmen) einen erhaltenen Zuschuss gegebenenfalls zurückzahlen muss.
- 9.9 Ich bin damit einverstanden, dass dem zuständigen Finanzamt bei Rückfragen die benötigten Angaben wie etwa Name, Anschrift sowie die Höhe des Zuschusses mitgeteilt werden dürfen.
- 9.10 Ich nehme davon Kenntnis, dass die persönlichen Daten auf diesem Antragsformular nur solange erhoben, verarbeitet und gespeichert werden, wie es für die Bearbeitung des Antrages im gesetzlichen Rahmen notwendig ist.
- 9.11 Ich versichere an Eides statt, dass ich alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu gemacht habe.

Ort, Datum

Unterschrift / ggf. Stempel

Ergänzende Hinweise zu Ziffer 3:

Damit die Entscheidung über die Gewährung sowie über die Höhe des Zuschusses korrekt erfolgen kann, empfiehlt es sich, die Wirtschaftslage bzw. den Liquiditätsengpass möglichst aussagekräftig zu erläutern. Hierzu können beispielhaft folgende Angaben dienen:

- Aussagen zu ausgefallenen Projekten, Veranstaltungen, Buchungen, Beauftragungen
- Mitgliedsbeiträge mit einem geschätzten Mittel der Einträge nachweisen, beispielsweise mit dem, was im besten Fall im Finanzierungsplan an Erträgen geplant wurde.
- Umsätze, Buchungen, Erträge der letzten zwei bis drei vergangenen Jahre aus den Haushaltsplänen/Steuererklärungen können zugrunde gelegt werden.